Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes Borken, von Bürgermeisterämtern und Aemtern des Kreises Borken.

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstr. 14. Fernsprech-Sammel-Nr. 3054. — Rhede: Jos. Heinrichs. — Anholt: W. Wolsing. — Werth: Th. Parres. — Isselburg: Johann Welling. Ringenberg: Schniedertöns. — Dingden: Willy Schmitz.

Organ der Zentrumspartei.

Postverlagsort: Dortmund.

Bocholter-Borkener Volksblatt

Postverlagsort: Bocholt.

Bezugspreise im Monat: Abholt von der Geschäftsstelle 1.40, ins Haus gebracht einschl. 25 Pfg. Botenlohn 2.20, durch die Post einschl. 42 Pfg. Bestellg. 2.52. In Fällen höherer Gewalt, wie Streik, Sperre, Betriebsstörung usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung od. Rückzahl.

Anzeigenpreise: Für das einspaltige Millimeter 12 Pfg., lokale Anzeigen 7,7 Pfg. Familienanzeigen 7,7 Pfg., kleine (Gelegenheits-) Anzeigen 6,6 Pfg., behördliche und parteipolitische Anzeigen 19 Pfg. Für den allgemeinen (Zons-) Teil gelten besondere Tarife. Bei Klageerhebung, Vergleichen, Konkursen fällt der bewilligte Rabatt fort. — Gerichtsstand ist für beide Teile Bocholt.

Rheder Volkszeitung. Amtliches Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt u. des Landkreises Borken. Anholter u. Isselburger Zeitung.

Nummer 128 | Mittwoch, den 10. Mai 1933 | Jahrgang 1933

Herriot scheitert im französischen Kabinett.

Von unserer Berliner Redaktion.

— **Berlin**, 9. Mai (Drahtb.)

Ernste und entscheidende Kämpfe stehen in den nächsten Tagen in Genf bevor. Die Gegenseite hatte die Absicht, die Abrüstungskonferenz noch vor Pfingsten im wesentlichen zum Abschluß zu bringen, um freie Bahn für die Weltwirtschaftskonferenz zu haben. In diesem Sinne hat auch der französische Sonderdelegierte Herriot in Washington verhandelt. Er wollte eine Art Bündnis zwischen Frankreich, England und Amerika zustandebringen. Dabei machte er Versprechungen, daß Frankreich mit den Schuldenzahlungen an Amerika mit der Dezemberrate wieder beginnen und dadurch die Verpflichtung zu den späteren Zahlungen tatsächlich anerkennen werde, wogegen er vom Präsidenten Roosevelt die Zusicherung zu erreichen sich bemühte, Frankreich bei seinen politischen Forderungen, d. h. bei der Abrüstungskonferenz, zu unterstützen. Diese von Herriot verfolgte Politik wird nunmehr durch Beschlüsse des französischen Kabinetts illusorisch gemacht.

Dieses hat nämlich gestern die Resultate der Amerikamission Herriots gewogen und als zu leicht befunden. Herriot hat zwar einen einstimmigen Glückwunsch erhalten, aber seine „Empfehlungen" und „Anregungen" sind verworfen worden. Nur Paul-Boncour und der Innenminister Chautemps suchten Herriots Thesen im Kabinettsrat zu verteidigen. Die Mehrheit der Minister schloß sich aber der Ansicht Daladiers an, daß die von Roosevelt gegebenen Versprechungen zu vage und zu geringfügige seien, um eine Aenderung der Haltung Frankreichs gegenüber den Vereinigten Staaten zu rechtfertigen. Vor allen Dingen ist beschlossen worden, daß Frankreich die fällige Schuldsumme vom 15. Dezember nicht nachzahlt. „Vielleicht hätten wir uns zur Zahlung entschließen können", erklärte gestern nach der Sitzung einer der Minister, „wenn man uns das feste Angebot eines Moratoriums für die Zahlungen vom 15. Juni und die zwei oder drei folgenden Zahlungen gemacht hätte. Aber auch dann wäre die Sache riskant, denn die Kammer hätte sich wieder weigern können." Es bleibt also bei der Zahlungsverweigerung, die die Kammer am 13. Dezember 1932 ausgesprochen hat. Der Gedanke, den angeblich der amerikanische Bankier Warburg ausgeheckt hat, wonach Frankreichs Kriegsschuld auf die reine Kapitalsumme von 40 Milliarden Franken ermäßigt, und dann zu einem Drittel in Gold, in börsenfähigen Papieren und in gesperrten Zertifikaten zur Verfügung der BIZ gezahlt werden sollte, wurde als zu „unseriös" abgelehnt. (Uebrigens hat der amerikanische Staatssekretär Hull heute in einer Pressekonferenz erklärt, daß es sich bei dem Plane Warburgs um eine Privatarbeit handele, mit der sich die Regierung nicht identifiziere.) Der Einwand, daß mit der erneuten Zahlungsverweigerung Frankreichs die Vorteile der neuen Sicherheitsgarantien verlorengingen, die Präsident Roosevelt hinsichtlich der Militärkontrolle, des Konsultativpaktes und der Aufgabe der amerikanischen Neutralität gegenüber einem Angreifer in Aussicht gestellt habe, wurde vom Ministerpräsidenten Daladier selbst als gegenstandslos abgelehnt. Daladier soll, wie „Echo de Paris" meldet, erklärt haben: „Wenn man „zum Preise einer miserablen Geldfrage" die Sicherheit Frankreichs wirklich garantieren könnte, wäre er der erste, der für die Zahlung eintreten würde. Aber in Wirklichkeit habe Roosevelt nichts Greifbares versprochen, daß die Schuldenfrage mit der Sicherheitsfrage so eng verknüpft werden sollte. Mit diesen negativen Beschlüssen ist Herriots Plan einer Entente der drei großen westlichen Demokratien Frankreich, England, Amerika ins Wasser gefallen. Die Aussicht auf die Freundschaft Roosevelts war nicht stark genug, um die französischen Minister zu den nötigen Zugeständnissen zu bewegen. Somit ist den Vereinbarungen zwischen Roosevelt und Herriot der Boden entzogen. Daraus entsteht dann in Genf eine Situation, die den bisherigen Beratungen unter Umständen einen anderen Verlauf geben könnte.

Von besonderer Bedeutung ist, daß die deutsche Vertretung es ablehnt, die Ohnmacht Deutschlands noch zu vergrößern, während die stark aufgerüsteten Mächte nicht im entferntesten daran denken, ihren Abrüstungsverpflichtungen nachzukommen. England z. B. hält es für eine Selbstverständlichkeit, daß es sein bisheriges Wehrsystem restlos beibehalten müsse, ebenso hat Frankreich nicht die Absicht, die Organisationsform seiner Kolonialarmee zu ändern oder diese Armee in Anrechnung bringen zu lassen. Deutschland dagegen soll nicht einmal die Zubilligung erhalten, auf Grund seiner politischen Lage eine besondere Art des Heeresaufbaus zugestanden zu bekommen. Die französischen Vorstöße gegen Deutschland wurden in Genf von Tag zu Tag heftiger. Nur durch den ganz energischen deutschen Widerstand wurden die Forderungen Frankreichs in den vertraulichen Verhandlungen, die zunächst geführt werden, zurückgestellt. Ausgleichsverhandlungen finden statt, bei denen aber bisher die englischen und amerikanischen Vertreter stets auf der Seite Frankreichs standen. Nunmehr könnte es sein, daß durch die Haltung des französischen Kabinetts der amerikanischen Delegation die Augen aufgehen und daß sie erkennt, daß Frankreich nur für sich selbst besondere Vorteile in Washington herausschlagen wollte, ohne aber auch nur irgendetwas zur Befriedung Europas beizutragen.

Die deutschen Diplomaten haben jetzt eine doppelte Aufgabe. Zunächst haben sie in dem Sinne, wie es Reichswehrminister von Blomberg in einem Interview ausführlich dargelegt hat, die deutschen Wehrmachtsforderungen zu vertreten, und dabei können sie jetzt die französischen Kabinettsberatungen insofern unterstützen, als sie der Delegation der Vereinigten Staaten klar machen, von welchem Egoismus die französische Politik getragen ist. Wenn auch durch diese Möglichkeit ein schwacher Hoffnungsschimmer zugunsten Deutschlands sich zeigen könnte, so ist jedoch nicht zu übersehen, daß die Stimmung der ganzen Welt gegenüber Deutschland unfreundlich ist und daß aus diesem Grunde die Bemühungen der deutschen Diplomaten ohne Erfolg bleiben können. Jedenfalls aber werden, falls in Genf kein Ergebnis erzielt werden sollte, die Erwartungen Frankreichs, es könne die Schuld am Scheitern der Konferenz auf Deutschland schieben, nicht in Erfüllung gehen, denn die Dinge liegen zu klar, als daß sie binnen kürzester Frist nicht von allen Regierungen erkannt werden müßte.

Die Grundlagen der künftigen Schulpolitik.

„Die neue Schule geht grundsätzlich vom Gemeinschaftsgedanken aus".

Rede des Reichsinnenministers Dr. Frick.

w **Berlin**, 9. Mai.

Ueber die heutige Zusammenkunft der Unterrichtsminister der deutschen Länder im Reichsinnenministerium wird folgende amtliche Mitteilung gegeben:

Im Reichsministerium des Innern fand heute eine Zusammenkunft der Unterrichtsminister der deutschen Länder unter dem Vorsitz des Reichsministers des Innern, Dr. Frick, statt. Reichsminister Dr. Frick behandelte in längeren programmatischen Ausführungen die Grundfragen der Schulpolitik. Im Anschluß an seine Darlegungen fand unter dem Vorsitz des Ministerialdirektors Dr. Buttmann, des Leiters der kulturpolitischen Abteilung des Reichsministeriums des Innern, eine Aussprache mit den Unterrichtsministern über wichtige Sonderfragen statt. Die Aussprache ergab völlige Einmütigkeit in allen wesentlichen Punkten. Besonders erörtert wurde die Frage der Anwendung des Gesetzes gegen die Ueberfüllung der Schulen und Hochschulen, die Abwehr staatfeindlicher Beeinflussung der Schuljugend sowie die Sicherung der einheitlichen Nationalerziehung.

Der bayerische Kultusminister Schemm gab in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des nationalsozialistischen Lehrerbundes die Erklärung ab, daß für alle Unternehmungen, Absichten und Stellungnahmen des NSLB ausschließlich die nationalsozialistische Lehrerzeitung (Bayreuth) maßgebend sei. Oertliche Sonderaktionen, die über den in dieser Zeitschrift gegebenen Rahmen hinausgehen, werden von der Leitung des NSLB abgelehnt.

Einzelfragen, die sich aus dieser Aussprache ergeben haben, sollen auf der für Ende Mai vorgesehenen 10. Tagung des Ausschusses für das Unterrichtswesen weiter behandelt werden.

In seiner vorerwähnten Rede führte Reichsinnenminister Dr. Frick folgendes aus:

Es ist unsere Aufgabe, für alle Zukunft einen Rückfall in die Fehler der Vergangenheit unmöglich zu machen. Hierzu muß die Grundlage in der Erziehung unseres Volkes geschaffen werden. Sie hat die Volksgenossen schon vom frühesten Lebensalter an zu erfüllen mit dem, was der Sinn unseres Volkstumes und unserer ganzen Nation ist, sodaß die einmal gewonnene Erkenntnis in Fleisch und Blut übergeht und auf Generationen hinaus durch nichts mehr zerstört werden kann. Die notwendigen Veränderungen in der Schul- und Erziehungspolitik reichen bis auf den Grund. Die liberalistische Weltanschauung hat den Sinn aller Erziehung und unserer Erziehungseinrichtungen bis auf den Grund verdorben. Die Schulen haben bisher nicht den volksverwurzelten deutschen Menschen geformt, sondern der Bildung der freien Einzelperson gedient. Die individualistische Bildungsvorstellung hat wesentlich zu der Zerstörung des nationalen Lebens in Volk und Staat beigetragen und vor allem in ihrer hemmungslosen Anwendung in der Nachkriegszeit ihre völlige Unfähigkeit erwiesen, die Norm der deutschen Bildung zu sein. Die nationale Revolution gibt der deutschen Schule und ihrer Erziehungsaufgabe ein neues Gesetz.

Die deutsche Schule hat den politischen Menschen zu bilden, der in allem Denken und Handeln dienend und opfernd in seinem Volke wurzelt und der Geschichte und dem Schicksal seines Staates zu innerst verbunden ist.

Diese Umstellung der Schule wird Jahre angestrengtester Arbeit erfordern. Die Größe dieser Aufgabe erfordert, daß die Erklärung im Rahmen des gemeinsamen Planes einer deutschen Nationalerziehung erfolgt.

Ein Mißverständnis möchte ich von vornherein nicht aufkommen lassen: Wenn ich mit Entschiedenheit mich für die einheitliche organische Gestaltung des deutschen Bildungswesens und gegen unnötige und störende Unterschiede in ihm ausspreche, so denke ich dabei keineswegs an Uniformität des Bildungswesens oder an zentralistische Anordnungen des Reiches. Davor bewahrt schon der Begriff vom lebendigen Volk, das sein Wesen und seine Kraft gerade im Reichtum der deutschen Stämme und Landschaften hat.

Ich sehe es als meine besondere Aufgabe an, mit den Kultusministern der Länder ein gutes und ständiges Einvernehmen in allen Schulfragen zu unterhalten, und ich bitte darum, daß Sie sich bei Ihren Maßnahmen einander angleichen und nicht ohne zwingenden Grund von einander abweichen.

Die neue Schule geht grundsätzlich vom Gemeinschaftsgedanken aus, der ein uraltes Erbteil unserer germanischen Vorfahren ist und demgemäß unserer angestammten Wesensart am vollkommensten entspricht.

Dieser Gedanke fordert freie Bildung des Einzelnen durch das Gemeinwohl. Die Schule hat also im Dienste des Volksganzen zu stehen. Hieraus ergeben sich Volk und Vaterland als wichtigste Unterrichtsgebiete, jenes in der reichen Fülle seiner Leistungen, von denen seine Geschichte, Sprache und Dichtung, heimische Kunst und heimischer Gewerbefleiß zeugen, dieses in der Vielgestaltigkeit seines natürlichen Aufbaues in Boden, Tier- und Pflanzenwelt einerseits und in der Gestaltung dieses Erdraumes durch die schaffende Hand unserer Vorfahren von Urzeiten her. Nur so gewinnt die Jugend feste Verwurzelung im heimischen Boden, die sie im Herzlande Europas im Kampfe mit den von allen Seiten auf sie einstürmenden fremden Einflüssen braucht, um festzustehen.

Wir müssen und werden unserer Jugend ein so starkes völkisches Selbstbewußtsein mit ins Leben geben, daß die Gefahr einer Entdeutschung ein für allemal gebannt ist. Wir haben Hand in Hand mit den stammverwandten germanischen Völkern Nordeuropas und ihrer Tochterstaaten jenseits der Meere weltumspannende Aufgaben zu lösen, die der Tatkraft der nordischen Rasse ein weites Feld kulturaufbauender Betätigung geben. Darüber hinaus wollen wir die Werte nicht verleugnen, die wir im Laufe von Jahrtausenden von anderen arischen Völkern in ständigem Kulturaustausch übernommen haben. Der fremdsprachliche Unterricht wird auch weiterhin dem Verständnis dieser Zusammenhänge die Wege ebnen. Auch auf dem Gebiete der Pflege unserer Muttersprache hat die Schule wichtigste Aufgaben zu lösen. Der deutschen Schrift gebührt der unbedingte Vorrang vor der lateinischen.

Der Aufbau des Geschichtsunterrichtes und die Schaffung neuer Geschichtsbücher bedarf ganz besonderer Aufmerksamkeit.

Wir müssen unsere völkische Entwicklung aus dem Boden und den Rassenverhältnissen unserer eigenen Heimat heraus erleben. Besonders die Vorgeschichtsforschung mit ihrer großen nationalen Bedeutung muß immer mehr zur Geltung kommen. Ein Hauptstück der Geschichtsbetrachtung hat vor allem das ungeheure Erlebnis des Weltkrieges und die Entwürdigung unseres Volkes durch das Versailler Diktat, ferner der Zusammenbruch der liberalistisch-marxistischen Weltanschauung und der Durchbruch des nationalsozialistischen Freiheitsgedankens zu bilden. Auch das Schicksal der vom Vaterlande losgelösten deutschen Brüder muß in der Schule mehr als bisher beachtet werden. Wichtig ist auch der Ausbau des lebenskundlichen, biologischen Unterrichts und hier insbesondere die Rassenkunde. Der Blick für selbständige Beobachtung der Rassenunterschiede muß geschärft werden. Notwendig ist vor allem der Nachweis der schädlichen Folgen der Rassenverschlechterung und die Betonung der zwingenden Notwendigkeit, der Entfremdung deutschen Blutes mit fremdrassigem, vor allem jüdischem Blute zu verhindern. Die Wiederherstellung der geschichtlichen Gerechtigkeit verlangt, daß der Bedeutung der nordischen Rasse in der Entwicklung Europas und der ganzen Welt genügend Raum gewährt wird. Die rassenkundliche Aufklärung ist durch eine erbgesundheitliche zu ergänzen. Auch die Grundbegriffe der Familienforschung müssen im Unterrichtsplan einen Raum finden.

Die körperliche Ertüchtigung ist eine unentbehrliche Voraussetzung unserer völkischen Lebensdauer. Neben der Ausbildung rein körperlicher Gewandtheit und Leistungsfähigkeit ist besonderer Wert auf die Heranbildung von Willens- und Entschlußkraft zu legen. Eine besondere Seite dieser Aufgabe ist die Erziehung zur Wehrhaftigkeit.

Das deutsche Volk muß wieder lernen, im Wehrdienst die höchste vaterländische Pflicht und Ehre zu

Zinssenkung kommt.

CNB **Berlin**, 9. Mai.

Wie die Nationalsozialistische Parteikorrespondenz erfährt, fand heute unter dem Vorsitz des Reichskommissars für die Wirtschaft, Dr. h. c. Wagener, eine Besprechung im Kreise der Vertreter von Banken und Kreditinstituten statt, die dem Ziel einer Zinssenkung dienten.

Wie die Nationalsozialistische Parteikorrespondenz weiter mitteilt, ist man bereits zu recht eindeutigen Feststellungen über die zu treffenden Maßnahmen gekommen.

Die Wirtschaft kann damit rechnen, daß noch in diesem Monat eine Zinssenkung in erheblichem Ausmaße stattfindet.

Die endgültige Entscheidung soll erst nach der Rückkehr des Reichsbankpräsidenten von seiner Amerikareise fallen.

Reichskanzler und Reichswehrminister vorübergehend in Königsberg

tu **Königsberg**, 9. Mai.

Am Dienstag vormittag traf Reichskanzler Hitler in Begleitung des Reichswehrministers von Blomberg mit dem Flugzeug in Königsberg ein, um mit Wirtschaftsführern der Provinz über verschiedene wirtschaftspolitische Fragen Besprechungen abzuhalten. Zum Empfang des Kanzlers hatten sich die Spitzen der ostpreußischen Behörden und die Vertreter der Gauleitung, von SA, SS sowie zahlreiches Publikum eingefunden. Dem Kanzler wurde stürmisch zugejubelt. Er begab sich zu dem Wehrkreiskommandeur von Brauchitsch. Der Kanzler und der Reichswehrminister, in deren Begleitung sich auch Reichspressechef Dr. Dietrich und Hitlers Adjutant Brückner sowie die Gruppenführer der SA, Litzmadd und Dietrich, befanden, haben noch am Dienstag abend Königsberg im Flugzeug wieder verlassen.

Der Südatlantik in einem 135 PS-Sportflugzeug überflogen.

Großartige Leistung eines polnischen Hauptmanns.

w **Warschau**, 9. Mai.

Der Hauptmann Stanislaus Skarzynski hat, wie die polnische Telegraphen-Agentur meldet, mit einem Sportflugzeug den Südatlantik von Nordafrika nach Brasilien überquert.

Skarzynski startete am Sonntag abend 23 Uhr Greenwicher Zeit von St. Louis, Senegal, mit einem kleinen einsitzigen Sportflugzeug, einer nur 450 Kilogramm schweren Maschine polnischer Konstruktion, ausgerüstet mit einen 135 PS starken Wright Major-Motor. An Bord befanden sich 750 Liter Benzin. Er überflog den Ozean, erreichte Südamerika bei Natal, zwischenlandete am Montag 16,30 Uhr in Maceio (südlich von Pernambuco) und um 18,30 Uhr in San Salvador, Bahia.

Hauptmann Skarzynski trug bei dem Flug einen gewöhnlichen Straßenanzug und einem weißen Hut. Er führte nicht das geringste Gepäck mit sich. An Proviant hatte er nur mitgenommen einen Extrakt aus afrikanischer Kolanuß, einige Tafeln Schokolade und 2½ Liter Wasser mit Apfelsinensaft vermischt.

Der Pilot ist 1899 geboren, 1932 führte er einen großen Flug von 25 000 Kilometer über Afrika durch.

„Graf Zeppelin" in Pernambuco.

w **Pernambuco**, 9. Mai.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin", das um 11,05 Uhr Ortszeit über Fernando do Noronha gesichtet wurde, traf um 18 Uhr Ortszeit in Pernambuco ein. Es startete nach kurzem Aufenthalt zur Weiterfahrt nach Rio de Janeiro. Gleich auf dieser ersten Reise waren mehr Passagiere als im Vorjahre an Bord. Es wurden vielfach die gleichen Bordspiele betrieben, die auch auf den Ozeandampfern üblich sind.

sehen. Hier muß die Schule die notwendige Vorarbeit leisten.

Der Bedeutung der körperlichen Ertüchtigung durch Förderung der Leibesübungen habe ich durch Einsetzung eines Reichssportkommissars Rechnung getragen. Seine Aufgabe wird die Zusammenfassung der verschiedenen Sportverbände im Dienst des Volksganzen sein.

Die Schulen haben ferner die Aufgabe, die Ehre der Arbeit und die Achtung vor der Berufsleistung wieder herzustellen. Die Zahl der Abiturienten und Hochschüler darf das vernünftige Verhältnis zum Bedarf der Berufe an höher vorgebildeten Kräften nicht verlieren.

Das mechanische Berechtigungswesen, unter dem das Volk und die Berufe sehr leiden und das auch unsere Wirtschaft unerträglich belastet, muß beseitigt und durch ein organisches, auf der wirklichen Leistung beruhendes Auslesesystem ersetzt werden.

Die schulpolitischen Bestimmungen der Reichsverfassung ermöglichen keine geeignete Ordnung des deutschen Schulwesens. Ich halte es jedoch nicht für erforderlich, die unbrauchbaren Verfassungsbestimmungen über die Schule ausdrücklich außer Kraft zu setzen. Wo sich ergeben sollte, daß sie die notwendigen Reformen hindern, wird im Einzelfalle das Nötige zu veranlassen sein.

Ein Hauptgrund, weshalb die Schaffung des Reichsschulgesetzes nach Artikel 146 der Reichsverfassung mißlingen mußte, ist darin zu sehen, daß in der Verfassungsbestimmung der Wille der einzelnen Eltern allein maßgebend für die weltanschauliche Form der Schule ist.

Es geht nicht an, Erziehungsberechtigte, die die Bindungen an Volk und Staat außer acht lassen, von Staatswegen und mit Staatsmitteln instand zu setzen, ihre volks- und staatsfeindlichen Auffassungen durch besondere Schulen zu verbreiten und durch die Kinder zu verewigen.

Es kann und darf für die Länder, in denen zwischen dem 9. November 1918 und dem 14. August 1919 der bis dahin christliche Charakter der Volksschule beseitigt worden ist, kein Hindernis geben, diesen christlichen Charakter wiederherzustellen.

Die nationale Regierung will nicht die Politisierung der Schule in einem parteipartikularischen Sinne, aber der politische Charakter der Schule muß so sein, daß sie durch ihre Erziehung die gliedhafte Einordnung in das Volksganze herbeiführt. Dies bedeutet den Ausschluß aller Strömungen, die die nationalpolitische Erziehungsaufgabe der Schule gefährden können. Die staatsgefährlichen Vereine sind heute bereits am offenen Auftreten und an einer offenen Arbeit unter den Schülern gehindert. Mit einem Verbot allein wird aber nicht genug geschehen sein, vielmehr muß auch der versteckten politischen Propaganda staatsgefährlicher Elemente begegnet werden. Ueber die Schaffung entsprechender Strafbestimmungen werden demnächst Erörterungen gepflogen. Auf der bevorstehenden Tagung des Unterrichtsausschusses werden mit den Vertretern der Landesregierungen auch gewisse Fragen der Schulzucht zu besprechen sein, die das Tragen von Abzeichen durch die Schüler und die parteipolitische Betätigung von Lehrern betreffen.

Ein voller Erfolg aller unserer Maßnahmen kann erst dann erwartet werden, wenn die Lehrerbildung und die Lehrpläne in dieser Richtung erneuert worden sind. Ich halte es für geboten, daß die vorbereitende Beratung dieser grundsätzlichen Fragen dem Ausschuß für das Unterrichtswesen übertragen wird.

Die übermäßige Mannigfaltigkeit unserer Schultypen muß auf ein Mindestmaß zurückgeführt werden.

Wichtig ist vor allem auch, daß keine schulpolitische Maßnahme zu einer unerwünschten Verlängerung der Berufsausbildung führt, da die eugenische Gesamtlage unseres Volkes jede Hinausschiebung des Heiratsalters verbietet.

Dr. Frick betonte zum Schluß: Das zurzeit heranwachsende Geschlecht wird in einem Geiste groß werden, der ein ständiges Weiterbauen am Reformwerk erleichtern und neue Zielsetzungen mit sich bringen wird. Wir müssen behutsam und förderlich die Entwicklung anbahnen helfen. Der natürliche Schwung ist bereits vorhanden und wird stets vorhanden sein. Er braucht nicht erst von der Schule den Kindern eingeimpft zu werden, aber Verantwortungsbewußtsein gebietet Regelung und Führung. Dies ist die Aufgabe des Erziehers in einem nationalsozialistischen deutschen Vaterland.

Vor der Wiedervereinigung von Ober- und Niederschlesien.

CNB **Berlin**, 9. Mai.

Wie wir erfahren, sind die seit längerer Zeit schwebenden Verhandlungen über eine Wiedervereinigung der beiden Provinzen Nieder- und Oberschlesien nahezu zum Abschluß gekommen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Wiedervereinigung noch im Laufe der kommenden Woche erfolgen wird. Als Amtssitz der wiedervereinigten Provinzen würde Breslau infrage kommen. Oberpräsident dürfte voraussichtlich der augenblickliche Oberpräsident von Niederschlesien, Brückner, werden.

Gregor Strasser nach Berlin übergesiedelt.

CNB **Berlin**, 9. Mai.

Gregor Strasser, der sich nach Niederlegung seiner Parteiämter aus der Politik zurückgezogen hatte, aber der NSDAP nach wie vor angehört, ist, den Blättern zufolge, nunmehr definitiv von München nach Berlin übergesiedelt. Er hat mit Zustimmung Hitlers in der Chemisch-Pharmazeutischen Industrie (Schering-Kahlbaum A. G. Kokswerke) ein Arbeitsgebiet übernommen. Wie zuverlässig verlautet, soll er die Leitung der Berliner Zentrale erhalten, deren Hauptaufgabe im Verkehr mit den öffentlichen Stellen besteht. Strasser ist von Beruf bekanntlich Apotheker.

Die politische Betätigung der Schupo.

Verbot des Tragens politischer Abzeichen sowie der Zugehörigkeit zur SA, SS und zum Stahlhelm.

CNB **Berlin**, 9. Mai.

Ministerpräsident Göring hat in seiner Eigenschaft als preußischer Minister des Innern einen Erlaß herausgegeben, in dem zu der Frage der politischen Betätigung in der Schutzpolizei Stellung genommen wird. In diesem Erlaß wird u. a. das Tragen von politischen Abzeichen und Armbinden, auch Hakenkreuzarmbinden, zur Uniform verboten. Die Teilnahme von Polizeibeamten in Uniform an Umzügen nationaler Verbände unterliegt in jedem Falle der Genehmigung des Kommandeurs der Schutzpolizei. Eine eventuelle Beteiligung ist lediglich in geschlossenen Formationen zulässig. Die vorhandenen nationalsozialistischen Fachschaften bleiben bestehen; irgendeine Einwirkung auf dienstliche Angelegenheiten ist jedoch verboten. Falls in den Formationen der Schutzpolizei noch Organisationen anderer nationaler Verbände vorhanden sein sollten, sind diese sofort aufzulösen.

Weiter wird in dem Erlaß ausgeführt: Nachdem die SA und SS zu öffentlich anerkannten Organisationen mit eigenen Dienststrafbestimmungen erhoben worden sind, ist die Mitgliedschaft zu diesen Organisationen für die Angehörigen der Schutzpolizei, die selbst einen Grundpfeiler der Macht des Staates bilden, unmöglich geworden. Soweit deshalb Angehörige der Schutzpolizei den genannten Verbänden als Mitglieder angehören, haben sie sofort auszutreten. Das Gleiche gilt für die Mitgliedschaft beim Stahlhelm.

Schließlich wird im Erlaß noch ein neues Gesetz über die Disziplinarstrafgewalt in der Schutzpolizei angekündigt.

Der französische Botschafter beim Außenminister.

)(**Berlin**, 9. Mai.

Der französische Botschafter Francois Poncet hat gestern den Reichsaußenminister Freiherrn v. Neurath aufgesucht, um allgemein wegen der Verbote französischer Zeitungen in Deutschland vorstellig zu werden. Freiherr v. Neurath hat, wie wir von zuständiger Stelle erfahren, bei diesem Besuch im Verlaufe der Unterredung auf Verbote deutscher Zeitungen in Frankreich hingewiesen und hat einen gegenseitigen Ausgleich in der Art eines Clearing-Abkommens vorgeschlagen. Der französische Botschafter ist auf diesen Vorschlag eingegangen.

In diesem Zusammenhang wird von maßgebender Seite darauf hingewiesen, daß die Reichsregierung schon immer ohne jede französische Demarche in Fällen gegen deutsche Zeitungen eingeschritten ist, in denen Beleidigungen französischer Staatsmänner erfolgte. Auf der anderen Seite ist dagegen von Frankreich aus mit Verboten gegen deutsche Zeitungen vorgegangen worden, die auch ohne beleidigende Aeußerungen lediglich politisch polemisierten. Dagegen hat z. B. das Pariser Blatt „Journal" im Zusammenhang mit der Hitler-Geburtstagsspende eine Karikatur gebracht, auf der der Reichskanzler in einer Umarmung mit einem Juden dargestellt wurde. Dieselbe Zeitung hat die nationale Feier in Potsdam als blutrünstige Karnevalade bezeichnet. Es handelt sich also bei dem Einschreiten gegen französische Blätter um die Ahndung direkter Beleidigungen.

Deutsche Minister – unerwünschter Besuch in Wien!

Die christlichsoziale Gegnerschaft gegen die NSDAP.

)(**Wien**, 9. Mai.

Die Pressestelle des Gaues Wien der NSDAP. teilt mit, daß am Sonnabend, dem 13. Mai, zahlreiche offizielle reichsdeutsche Persönlichkeiten, die an der Tagung des Juristentages über deutsches Recht teilnehmen, zu einem längeren Besuch in Wien eintreffen werden. Als Besucher werden angekündigt: der bayrische Justizminister und Reichsjustizkommissar Dr. Frank, der Präsident des Preußischen Landtages, Justizminister Kerrl, der Präsident des Staatsrates, Dr. Ley, Oberpräsident Kube, Staatssekretär Dr. Freisler u. a. Diese Vertreter des neuen Deutschland würden im Rahmen von **größeren Vorträgen sprechen. Die parteiamtliche Erklärung** knüpft an diese Ankündigung die sichere Annahme, daß von seiten der Behörden der Abhaltung von Vorträgen durch Vertreter eines befreundeten Nachbarstaates kein Hindernis entgegengesetzt wird.

Zu dieser Mitteilung nimmt die „Reichspost", das Hauptorgan der regierenden Christlichsozialen Partei, in ihrer Dienstag-Ausgabe unter der Ueberschrift „Unerwünschter Besuch" in außerordentlich unfreundlicher Weise Stellung. Das Blatt erklärt, daß die reichsdeutschen Gäste nicht als Vertreter ihrer Regierungen oder Länder empfangen werden könnten, da ein offizieller Ministerbesuch auf diplomatischem Wege hätte vereinbart werden müssen, andererseits handele es sich aber auch um keinen Privatbesuch, vielmehr begäben sich einige Mitglieder deutscher Länderregierungen ohne Vorwissen der österreichischen Regierung nach Oesterreich, um eine Partei zu besuchen, die in offenem und nicht selten mit **illegalen Mitteln geführten Kampf gegen die gesetzmäßige** Regierung und gegen die Staatsgewalt stehe. Der Besuch der reichsdeutschen Minister und Staatsfunktionäre bei der nationalsozialistischen Partei sei unerwünscht und unwillkommen. Schließlich behauptet das Blatt, daß der Besuch „in Anbetracht der feindseligen Haltung der österreichischen Nationalsozialisten gegenüber der Regierung und der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung als ein unfreundlicher Akt anzusehen sei und als solcher auch behandelt werden wird.

Zum Schluß erklärt das Blatt, daß sich die Maßnahmen, die Oesterreich treffen müsse, weder gegen die Reichsregierung noch gegen Mitglieder einer Landesregierung, sondern ausschließlich gegen den Versuch einer staats- und regierungsfeindlichen Agitation innerhalb der eigenen Grenzen durch ausländische Gäste wenden.

★

Die unfreundlichen Bemerkungen der „Reichspost" geben dem „Völkischen Beobachter" Anlaß zu scharfer Zurückweisung. Außerdem weist der Reichsjustizkommissar und Justizminister Dr. Frank in einer Unterredung mit dem Vertreter des Völkischen Beobachters darauf hin, daß der österreichische Bundesminister Dr. Schuschnigg ihn in Berlin in Anwesenheit des Reichsjustizministers Dr. Gürtner vor einigen Monaten persönlich eingeladen habe, nach Wien zu kommen. Er werde der Einladung Folge leisten, wobei die Gepflogenheiten des diplomatischen Verkehrs selbstverständlich gewahrt bleiben würden. Im übrigen erklärte Dr. Frank, er könne keinesfalls annehmen, daß Dr. Schuschnigg, oder sonst ein Mitglied des Kabinetts Dollfuß mit den fripol unhöflichen Sachdarstellungen der „Reichspost" in Zusammenhang gebracht werden könne.

★

VdA-Tagung findet in Klagenfurt statt.

:: **Wien**, 9. Mai.

Dr. Steinacher, der Führer des VdA, der sich nach Klagenfurt begeben hatte, um wegen der Pfingsttagung des VdA zu verhandeln, hat bereits die Rückreise nach Berlin angetreten. Wie aus Regierungskreisen bekannt wird, findet die Tagung in Klagenfurt statt.

Ruhigere Beurteilung in Genf.

Henderson fordert Einigung bis zur Wirtschaftskonferenz.

w **Genf**, 9. Mai.

Das erweiterte Präsidium der Abrüstungskonferenz hielt heute nachmittag die angekündigte Sitzung ab, die den Umständen gemäß nur von ganz kurzer Dauer war. Präsident Henderson schlug dem Büro vor, die öffentlichen Beratungen des Hauptausschusses vorläufig bis Freitag auszusetzen, richtete

erneut einen starken Appell an die Delegierten und betonte die Notwendigkeit, daß die Verhandlungen nunmehr in möglichst kurzer Zeit positiv mit dem Abschluß einer Abrüstungskonvention abgeschlossen werden müssen. Insbesondere erheische auch der bevorstehende Zusammentritt der Weltwirtschaftskonferenz ein positives Ergebnis der Abrüstungsverhandlungen.

Die privaten Besprechungen, die nach der heute verkündigten vorläufigen Aussetzung der Arbeiten des Hauptausschusses für diese Woche die nächsten Tage ausfüllen dürften, dienen dem Zweck, nach Möglichkeiten zu suchen, um die ins Stocken geratene Konferenz wieder in Gang zu bringen.

Während gestern die Lage auf das äußerste gespannt war, hat sie heute den Eindruck, daß die Lage von allen Seiten etwas ruhiger beurteilt wird. Man hat sich bei den maßgebenden Delegationen nun anscheinend auf die Initiative des britischen Vertreters hin entschlossen, die Dinge praktisch anzufassen

und nach praktischen Lösungen in den Fragen, in denen die Meinungen sehr auseinandergingen, zu suchen. So ist es zu dem heutigen Vorschlag Hendersons gekommen, in privaten Besprechungen die Möglichkeiten einer Fortsetzung der Konferenz zu beraten. Der Kreis der Teilnehmer an diesen Besprechungen ist begrenzt. Es handelt sich dabei nicht, wie ausdrücklich von Seiten der Hauptbeteiligten betont wird, um eine neue Großmächtekonferenz, wenn auch naturgemäß die Lösung der strittigen Frage von der Haltung der Großmächte abhängt. Es wird sich im Laufe der Sondierungen in den nächsten Tagen zeigen, ob der so oft positiv bekundete Verständigungswille der deutschen Delegation von der Gegenseite durch eine entsprechende Haltung honoriert wird. Die wahren Schwierigkeiten bestehen zurzeit in der Weigerung Frankreichs, die grundsätzliche deutsche Forderung auf Anerkennung der praktischen Gleichstellung Deutschlands mit den übrigen Mächten in der Kriegsmaterialfrage anzuerkennen.

★

Wichtige Unterredungen Rosenbergs in London.

TU **London**, 9. Mai.

Der Leiter des Außenpolitischen Amtes der NSDAP, Reichstagsabgeordneter Alfred Rosenberg, hatte am Dienstag vormittag eine annähernd zweistündige Unterredung mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Norman Davis im Hyde-park-Hotel. Am Nachmittag wurde er vom Außenminister Sir John Simon im Unterhause und eine halbe Stunde später vom Kriegsminister Lord Hailsham im Oberhause empfangen.

Die Unterredung mit Norman Davis, der nicht nur als Vertrauter Roosevelts, sondern auch mit voller Kenntnis über die Absichten und Auffassungen des englischen und französischen Kabinetts sprechen konnte, verlief sehr offenherzig. Wie verlautet, hat Norman Davis ausgeführt, daß Amerika niemals der Wiederaufrüstung irgendeiner Nation zustimmen könnte und in Uebereinstimmung mit der französischen und englischen Politik eine zufriedenstellende Lösung der Abrüstungsfrage als eine unerläßliche Voraussetzung für einen Erfolg der Weltwirtschaftskonferenz ansehe.

Ueber die Unterredungen mit dem Außenminister und dem Kriegsminister verlautet zunächst nur, daß diese Wert darauf legten, die Auffassung Rosenbergs im Lichte der ihm von Norman Davis gemachten Mitteilungen anzuhören. Offensichtlich steht jetzt die Abrüstungsfrage im Vordergrund der Verhandlungen, wobei auch die deutschen Verbände eine Rolle spielen. Hauptsächlich von diesem Gesichtspunkt aus erfolgen die aufklärenden Darlegungen Rosenbergs über die Lage in Deutschland bei den englischen Stellen.

Feierliche Verbrennung undeutscher Schriften.

„Aufbruch des deutschen Geistes".

TU **Berlin**, 9. Mai.

Die Aktion der Berliner Studentenschaft gegen undeutsches Schrifttum wird, wie der Parlamentsdienst der TU erfährt, unter dem Motto „Aufbruch des deutschen Geistes" am Mittwoch ihre Krönung durch eine symbolische Handlung finden.

Nach einer Eröffnungsvorlesung des aus Dresden berufenen Professors Bäumler, die um 19 Uhr in der Universität über „Hochschule, Wissenschaft und Staat" stattfindet, wird sich um 21 Uhr am Hegelplatz der Fackelzug der Studentenschaft formieren. Er bewegt sich über den Kupfergraben am Kaiser-Friedrich-Museum vorbei zum Studentenhaus in der Oranienburgerstraße und holt dort die Lastwagen mit dem gesamten undeutschen Schrifttum ab. Der Zug führt dann mit Fahnen, Musik und Sprechchören zum Platz an der Staatsoper Unter den Linden. Gegenüber der Universität wird ein offener Scheiterhaufen errichtet, in dem die Bücherstapel zur Verbrennung geworfen werden. Währenddessen werden gegen Mitternacht Reichsminister Dr. Goebbels und der Leiter des Kreises Berlin-Brandenburg der Deutschen Studentenschaft, Gutjahr, in Ansprachen auf die symbolische Bedeutung dieses Vorganges hinweisen.

Strafanzeige gegen Minister a. D. Schiele.

CNB **Berlin**, 9. Mai.

Auf einer großen Gautagung des Gaues Brandenburg der NSDAP in der Hasenheide sprach heute vormittag der Gaupropagandaleiter Herbert Dahler, M. d. R., über Ziele der Propaganda. Er teilte im Rahmen dieser Rede mit, daß er die Anklage gegen den Reichsminister a. D. Dr. h. c. Schiele heute der Staatsanwaltschaft übergeben habe. Wie der „Angriff" durch Rückfrage beim Reichskommissar Dahler feststellt, beschuldigt er den früheren Reichsernährungsminister Schiele, während seiner Amtszeit und als Mitglied des Verwaltungsrats der Deutschen Handelsgesellschaft sowie als Reichslandbundpräsident mehrere Waggonladungen seiner Roggenernte an die von ihm reichsbetreute Deutsche Handelsgesellschaft zu weit über den täglichen Kurs liegenden Preisen verkauft zu haben. Die Anzeige besagt weiter, daß Dr. h. c. Schiele gewußt habe, daß er zu ungerechtfertigten Ueberpreisen seinen Roggen an die D. G. H. verkaufte, da er persönlich in einem Falle einen Verkaufskontrakt mit einem Prokuristen der D. G. H. abschloß und in den übrigen Fällen seine Sekretärin bezeugt, daß sie Minister a. D. Schiele stets bei diesen Verkäufen über die Preise, die die D. G. H. bewilligte, unterrichtet hat.

Die Anklage gegen den früheren Reichsernährungsminister Schiele bei der Staatsanwaltschaft lautet auf Beihilfe zur handelsrechtlichen Untreue, gegen die Direktoren der D. G. H. Kurt Kozuszek und Rudolf Möller auf handelsrechtliche Untreue.

Nach einer Mitteilung der „Deutschen Tageszeitung" hat der frühere Ernährungsminister Schiele Minister Dr. Hugenberg um eine schleunige Untersuchung der gegen ihn erhobenen Vorwürfe ersucht und eine Beleidigungsklage gegen den Reichskommissar Stubbendorf angekündigt.

Ausscheiden Prof. Max Liebermanns aus der Akademie der Künste.

TU **Berlin**, 9. Mai.

Wie das „Berliner Tageblatt" mitteilt, ist Prof. Max Liebermann aus der Preußischen Akademie der Künste, deren Präsident er bis zum vergangenen Jahr und deren Ehrenpräsident er seither war, ausgeschieden. Er begründet diesen Schritt mit einem Schreiben, dessen Text im „Berliner Tageblatt" wie folgt veröffentlicht ist: „Ich habe während meines langen Lebens mit allen meinen Kräften der deutschen Kunst zu dienen gesucht. Nach meiner Ueberzeugung hat Kunst weder mit Politik noch mit Abstammung etwas zu tun. Ich kann daher der Preußischen Akademie der Künste, deren ordentliches Mitglied ich seit mehr als dreißig Jahren und deren Präsident ich durch 12 Jahre gewesen bin, nicht länger angehören, da dieser mein Standpunkt keine Geltung mehr hat. Zugleich habe ich das mir verliehene Ehrenpräsidium der Akademie niedergelegt." gez. Dr. h. c. Max Liebermann.

Stürmische Sitzung des Münchener Stadtrates.

w **München**, 9. Mai.

Vor Beginn der heutigen Sitzung des Stadtrats gab namens der nationalsozialistischen Fraktion Stadtrat Ammer eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt: Die sozialdemokratische Fraktion hat in der letzten Sitzung das Stadtrats bei der Ehrung des Herrn Reichskanzlers Hitler und des Herrn Reichsstatthalters General von Epp ostentativ den Saal verlassen. Diese Handlungsweise stellt eine unverschämte Provokation nicht nur unserer Fraktion, sondern auch der gesamten Münchener Bevölkerung dar. Wir lehnen daher jede weitere Zusammenarbeit mit den marxistischen Arbeiterverrätern ab und fordern die sozialdemokratische Fraktion auf, ein für allemal aus der Gemeindevertretung zu verschwinden. Aus den Reihen der nationalsozialistischen Fraktion erschollen darauf stürmische Zurufe: Hinaus! Bürgermeister Fiehler schloß die Sitzung und forderte die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion in ihrem eigenen Interesse auf, den Saal zu verlassen. Da diese jedoch der Forderung nicht Folge leisteten, wurden sie von den Nationalsozialisten aus dem Sitzungssaal entfernt. Das Zimmer der sozialdemokratischen Stadtratsfraktion wurde abgesperrt und ein SA.-Posten davor aufgestellet.

Drei Hinrichtungen an einem Tage.

tu **Berlin**, 9. Mai.

Der Briefträger-Mörder Ernst Reins wurde am Dienstag um 6 Uhr im Hof des Gefängnisses Plötzensee hingerichtet. Der Maurer Ernst Reins hat am 1. Mai 1931 im Hause Hessenwinkelstraße 10 in Berlin den Geldbriefträger Schwan auf bestialische Weise ermordet und war dann gemeinsam mit seinen Schwestern nach Italien geflüchtet. Nach mehreren Monaten konnte Reins dann in Italien verhaftet werden. Nach Deutschland ausgeliefert, wurde er am 12. Dezember 1931 zum Tode verurteilt, jedoch wurde die Vollstreckung unter der früheren preußischen Regierung immer wieder hinausgezögert.

Gleichzeitig wurde am Dienstag früh in der Strafanstalt Plötzensee auch der Mörder des Chauffeurs Ponick, Johannes Kabelitz, hingerichtet. Kabelitz hatte, wie erinnerlich, im Januar 1931 den Chauffeur Ponick hinterrücks erschossen und beraubt.

Der 46 Jahre alte Dienstknecht Schieder, der wegen dreifachen Mordes zum Tode verurteilt worden war, wurde heute in Weiden enthauptet. Die Hinrichtung nahm Scharfrichter Reichhardt vor. Schieder zeigte sich auf seinem letzten Gang sehr gefaßt.

Die beiden letzten Todesurteile, die in Preußen vollstreckt worden sind, waren die gegen den Mörder Böttcher, der die Gräfin Lambsdorff und die kleine Senta Eckard umgebracht hatte am 13. Januar 1928 und gegen den Massenmörder Kürten im Juli 1931.

Furchtbares Brandunglück in der Grafschaft Glatz.

Fünf Tote, zwei Schwerverletzte.

WTB **Glatz**, 9. Mai.

In Ullersdorf (Kreis Glatz) brach in der vergangenen Nacht auf der Besitzung des Landwirtes Lauterbach ein Feuer aus, das das gesamte Gehöft, — Wohnhaus, Stallung, Schuppen und Scheune — völlig einäscherte. Bei dem Brande kamen die vier Kinder und der Vater des Besitzers in den Flammen um. Der Besitzer und seine Frau wurden mit schweren Brandwunden in das Krankenhaus gebracht.

Aus Münster und dem Münsterland.

Vertretungsverbot gegen fünf Rechtsanwälte.

(Amtl.) **Münster**, 9. Mai.

Der Landgerichtspräsident ersucht uns um Aufnahme folgender Notiz: Auf Grund des § 5 Abs. 1 der Allg. Verfg. vom 25. April 1933 (J. M. Bl. S. 127) ist ein Vertretungsverbot gemäß § 91b Abs. 2—4 der Rechtsanwaltsordnung (R. G. Bl. Teil 1 S. 120) gegen folgende Rechtsanwälte des hiesigen Landgerichts erlassen: a) Rechtsanwalt Dr. Lühn in Münster, b) Rechtsanwalt Dr. Ostwald in Münster, c) Rechtsanwalt Dr. Ernst Cohn in Münster, d) Rechtsanwalt Dr. Elsberg in Münster, e) Rechtsanwalt Dr. Levy in Bocholt.

Sparkassenbeamte und -angestellte rechnen sich zu hohe Zinsen an.

△ **Münster**, 9. Mai.

Mit der Verhandlung, die am Dienstag morgen unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Bergmann vor der münsterschen Strafkammer gegen 7 Sparkassenbeamte und -angestellte der Städtischen Sparkasse begann, wurde der Schlußstrich unter die Reihe der Verfehlungen Beamter der Städtischen Sparkasse gesetzt, die im vergangenen Sommer aufgeklärt und nach und nach vor der Großen münsterschen Strafkammer verhandelt wurden. Die heutigen 7 Angeklagten, es sind dies der Stadtoberinspektor Bernh. D., Stadtobersekretär Franz R., Stadtinspektor Heinrich P., Stadtobersekretär Albert H., Stadtobersekretär Ernst M., Stadtsekretär Franz E. und Sparkassenangestellte Albert U., haben sich nicht die Verfehlungen zuschulden kommen lassen, wie ihre bereits abgeurteilten früheren Kollegen, aber daß sie in höchstem Maße unkorrekt gehandelt haben, sehen sie auch heute ohne jede Ausnahme ein. Ihnen wird in der Anklage vorgeworfen, sich bei der Berechnung der Zinsen einen höheren Zinssatz gutgeschrieben zu haben, als er ihnen zustand. Die Angeklagten geben zu, sich höhere Zinsen gutgebracht zu haben. Als Begründung geben sie an, daß sie sich auf Grund der Zusage von einem Kollegen dazu berechtigt gefühlt hätten, weil dieses Plus an Zinsen ein Entgelt für die geleisteten Ueberstunden bei der Sparkasse sein sollte. Die Angeklagten behaupten, daß ihnen von den maßgebenden Herren der Städtischen Sparkasse hierzu die Berechtigung erteilt worden sei; ihre Behauptung wurde aber durch die Vernehmung der Vorgesetzten widerlegt, die entschieden in Abrede stellen, jemals eine derartige Erlaubnis erteilt zu haben. Wohl war nach der Inflation die Beamtenvertretung bei den Leitern der Sparkasse in dieser Frage vorstellig geworden, aber eine Zusage war nicht gegeben worden. Bei den Verfehlungen dieser Angeklagten aber ist es nicht nur so gewesen, daß sie sich höhere Zinsen in Anrechnung brachten; vielmehr war es so, daß sie bei der Rückrechnung der Zinsen den bei der Sparkasse üblichen Zinssatz als Grundlage für ihre Berechnung nahmen. Heute können die Angeklagten auf den Hinweis des Vorsitzenden, warum sie denn nicht dann auch den höheren Zinssatz rückberechnet hätten, keine aufklärende Antwort geben.

Erhebliche Beträge sind es nicht, die die Angeklagten sich auf ihrem Konto gutbrachten. Allerdings beschränkten sie sich in einigen Fällen nicht nur auf das eigene Konto, sondern auch bei den Büchern der Ehefrau, Kinder und näheren Verwandten wurden diese Berechnungen vorgenommen. Es kam sogar in einem Falle vor, daß ein Angeklagter bei einem Einlagebestand von 47 Mark allein 3 Mark für einen Tag an Zinsen gutgeschrieben erhielt. Der Angeklagte D. hatte seit 1929 bei den Zinsen immer „etwas zugeschlagen", da er aber nicht nur für sein Konto, sondern auch für das seiner nächsten Angehörigen „sorgte", so erhielt er in vier Jahren insgesamt 360,90 Mk. mehr an Zinsen. Der Angeklagte R., der selbst unter dem Mädchennamen seiner Frau ein Konto führte und auch für dieses die höhere Zinsrechnung anwandte, hat sich seit 1925 bis zur Aufdeckung der Sachen insgesamt 1799 Mk. zuviel an Zinsen gutgeschrieben. Der frühere Leiter der Nebenstelle 4, P., schrieb 220 Mk. zuviel an Zinsen an, der Angeklagte H. 134 Mk., M. 27 Mk., E. 87 Mk., U. 53,40 Mk. Insgesamt sind es rund 2690 Mk., die diese Angeklagten sich zuviel gutbrachten.

Den Angeklagten wurde von den Vorgesetzten ein gutes Zeugnis ausgestellt; von ihnen hatte man nicht erwartet, daß sie sich derartige Unkorrektheiten hätten zuschulden kommen lassen. Mit Ausnahme zweier Angeklagter haben alle den Schaden ersetzt.

Dem Angeklagten R. wurde noch Unterschlagung zur Last gelegt, der er sich als Kassierer der Kriegsgräberfürsorge schuldig gemacht haben sollte. Er lieh Gelder dieses Vereins an Freunde und Bekannte aus und gab diese Beträge dann wieder zu dem Fonds. Bemerkenswert ist noch, daß keiner der Angeklagten sich in wirtschaftlicher Not befand, weshalb die Handlungsweise nur noch um so unverständlicher ist.

Das Gericht verhängte gegen den Angeklagten D. wegen fortgesetzter Amtsunterschlagung in Tateinheit mit Untreue und Beihilfe zur Untreue 3 Monate 2 Wochen Gefängnis, gegen den Angeklagten R. wegen Beihilfe zur Untreue und fortgesetzter Amtsunterschlagung und einfacher Unterschlagung 6 Monate Gefängnis, gegen den Angeklagten P. wegen der gleichen Verfehlungen 3 Monate Gefängnis ebenso den Angeklagten H. 3 Monate 1 Woche Gefängnis, den Angeklagten M. wegen Betruges in drei Fällen 3 Monate 2 Wochen Gefängnis, die beiden Angeklagten E. und U. anstelle von 2 Wochen Gefängnis je 100 Mark Geldstrafe.

Spiekeroog erhält durchgehenden Güterverkehr.

-md- **Münster**, 9. Mai.

Um während des ganzen Jahres die Abwicklung des Güterverkehrs nach der Nordseeinsel Spiekeroog zu erleichtern, ist seitens der Reichsbahndirektion Münster auf Spiekeroog eine Güternebenstelle errichtet worden. Von jetzt an endet also der ordnungsmäßige Güterverkehr nicht mehr wie bisher in Esens (Ostfriesland), sondern die Güter können, und zwar während des ganzen Jahres, über Esens hinaus durchgehend nach der Insel Spiekeroog aufgegeben werden. Die Neueinführung bedeutet sowohl verkehrs- als auch versicherungstechnisch einen Fortschritt und wird sicherlich von allen interessierten Stellen lebhaft begrüßt werden.

*

-md- **Münster**, 9. Mai. **Großer Aufmarsch der SA und SS am 21. Mai in Münster.** Der Landkreis Münster der NSDAP. veranstaltet am Sonntag, den 21. Mai, in Münster eine große Kundgebung, in deren Mittelpunkt ein großer Aufmarsch der SS und SA stehen wird.

-md- **Münster**, 9. Mai. **Gutes Geschäft auf der „Münsterischen Maimesse 1933".** Der Sonntag brachte der „Münsterischen Maimesse" im Schützenhof einen Riesenbesuch. Der Andrang des Publikums war zeitweise so stark, daß die Messeleitung einige Male die Pforten schließen mußte. Der geschäftliche Erfolg des Sonntags war zufriedenstellend. Die Messeleitung weist darauf hin, daß die Maimesse in der Zeit vom 6. bis 14. Mai einschließlich geöffnet ist.

-md- **Münster**, 9. Mai. **Neuer Vorstand der Luftfahrtvereinigung für Münster und das Münsterland.** Die Luftfahrtvereinigung für Münster und das Münsterland wählte am Montag abend in ihrer Generalversammlung den neuen Vorstand, der sich wie folgt zusammensetzt: 1. Vorsitzender Rechtsanwalt Dr. Flecken (früher Führer der Jagdstaffel Palästina), als weitere Mitglieder des Vorstandes wurden gewählt: Wittkop, Dr. Berger (NSDAP.), Willi Suwelack (Stahlhelm), Major Klingemann, Direktor Pratje. Die Wahl erfolgte einstimmig.

-md- **Münster**, 9. Mai. **Der neue Landrat von Meppen.** Regierungsrat Dr. Schubert, der jahrelang verschiedene Dezernate an der Regierung in Münster verwaltete und vor etwa drei Monaten die Leitung der Polizei in Remscheid übertragen erhielt, wurde jetzt an Stelle des in den einstweiligen Ruhestand versetzten Landrats Dr. Fehrmann zum Landrat des Kreises Meppen ernannt. Landrat Dr. Schubert hat gestern schon sein neues Amt angetreten.

‡ **Münster**, 9. Mai. **Bürgermeister Böckers-Wolbeck beurlaubt.** Bürgermeister Böckers hat bei seiner vorgesetzten Dienstbehörde den Antrag gestellt, ihn aus politischen Gründen beurlauben zu wollen. Der Landrat hat diesem Gesuche stattgegeben und bis auf weiteres den Grafen v. Merveldt, Wolbeck, ehrenamtlich zum kommissarischen Bürgermeister des Amtes Wolbeck ernannt.

‡ **Borghorst**, 9. Mai. **Tödlicher Unglücksfall.** Auf dem Platze des Holzgroßhändlers Robert Höffker ereignete sich am Dienstag vormittag ein Unglücksfall mit tödlichem Ausgang. Ein junger Arbeiter aus Westbevern, der seit längerer Zeit in diesem Betrieb tätig war, ist auf bisher unaufgeklärte Weise ums Leben gekommen. Es ist aber anzunehmen, daß ihm bei seiner Tätigkeit ein Holzstück an den Kopf geflogen ist, das den Tod herbeiführte.

‡ **Ochtrup**, 9. Mai. **Vom Zuge überfahren.** Ein 28jähriger Mann wurde auf der Strecke Wellbergen—Wettringen morgens früh von einem Personenzug überfahren und getötet. Der Verunglückte hatte auf dem Nachhausewege einen Richtweg der Bahn entlang eingeschlagen. Wie das Unglück möglich war, wird wohl nicht aufgeklärt werden können.

‡ **Salzbergen b. Rheine**, 9. Mai. **Versteigerung des Erdölwerkes.** In nächster Zeit findet auf dem Amtsgericht in Lingen die Versteigerung des hiesigen Erdölwerkes (Besitzerin Firma Dr. Lepenau, Berlin) statt. Wie verlautet, sollen als Käufer die Firma Wintershall (jetzige Pächterin) und die Firma Raky, die das Werk auch schon einige Jahre in Pacht hatte, in Betracht kommen. Als Mindestforderung wird die Summe von 125 000 Mk. genannt, obwohl das Werk Millionenwerte darstellt.

‡ **Emsdetten**, 9. Mai. **Die Untersuchungen beim Bauamt.** Das Landratsamt in Burgsteinfurt gibt zu den Untersuchungen beim Emsdettener Bauamt bekannt, daß gegen den Amtsbaumeister ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden ist und daß gegen zwei Angestellte zur endgültigen Klärung der gegen sie erhobenen Vorwürfe die Staatsanwaltschaft um eingehende Ermittlungen gebeten wurde. Ausdrücklich wird vom Landratsamt bestätigt, daß die gegen den Bürgermeister und den früheren Gemeindevorsteher erhobenen Anschuldigungen nicht stichhaltig sind.

:: **Herveſt-Dorsten**, 9. Mai. **Die Gemeindevertretung** nahmin ihrer heutigen Sitzung, nachdem der kommissarische Gemeindevorstand in sein Amt eingesetzt worden war, die Bildung der Ausschüsse vor. Der Wahlakt ging durch Zuruf vor sich, nachdem die Situation zwischen der Fraktion des nationalen Blocks und dem Zentrum geklärt worden war. Die Ebertstraße wurde in Franz Seldte-Straße und der Ebertplatz in Emil von Scheven-Platz nach einem kürzlich tödlich verunglückten Vorkämpfer der örtlichen NSDAP umbenannt. Die Beratung über die Errichtung von acht Kleinsiedlungen wurde vorerst der Baukommission überlassen. Für den Ausbau der Badeanstalt wurde ein Betrag bis zu 3000 Mark bewilligt. Großes Aufsehen rief ein Bericht des Untersuchungsausschusses über die Wirtschaftlichkeit des Sanitätsautos hervor. Der Wagen hat von 1927 bis 1932 ein Minus von fast 47 000 Mark gemacht. Es wird noch weiter nachgeprüft, wie dieser Fehlbetrag zustandegekommen ist. Das Auto soll nach Prüfung der Rentabilität der Sanitätskolonne übereignet werden. Die bisher der Arbeiterwohlfahrt geliehenen Nähmaschinen usw. dienen in Zukunft den Zwecken der NS-Frauenschaft.

Kleine Ankurbelung.

Neue Reiseverbesserungen und -Vergünstigungen bei der Reichsbahn.

Mit Wirkung vom 15. Mai 1933 führen die Reichsbahn und die deutschen Privateisenbahnen eine Reihe wichtiger Fahrpreiserleichterungen im Personenverkehr durch. Die bisherigen Vergünstigungen für Schulfahrten, Jugendpflegekarten, Gesellschaftsfahrten und Gesellschaftssonderzüge werden weiter verbessert und Erleichterungen in der Abfertigung von Fahrrädern, Schneeschuhen, Rodelschlitten und Faltbooten sowie in der Ueberführung von Gepäck und Expreßgut vorgenommen. Im einzelnen treten folgende Verbesserungen in Kraft:

1. Schulfahrten: Die Fahrpreisermäßigung (halber Fahrpreis) wird künftig bereits bei Beteiligung von 5 Studierenden oder Schülern und 1 Lehrer gewährt (bisher 9 + 1). Für je weitere 5 Studierende oder Schüler, auch wenn diese Zahl nicht voll erreicht ist, wird noch 1 Lehrer oder eine andere Person zur Begleitung zugelassen. Eine größere Zahl von Lehrern oder anderen Begleitpersonen bis zur Zahl der teilnehmenden Studierenden oder Schüler kann der Abgangsbahnhof auf schriftlichen Antrag zulassen.

2. Jugendpflegefahrten (50 % Ermäßigung): Das Lebensalter der zur Inanspruchnahme der Ermäßigung berechtigten Jugendlichen wird vom 20. auf das 22. Lebensjahr heraufgesetzt. Die Mindestteilnehmerzahl beträgt bisher 5 Jugendliche und 1 Führer. Bei größerer Beteiligung und für die Mitfahrt anderer Begleitpersonen gelten die gleichen Bestimmungen wie unter 1. für Schulfahrten.

3. Gesellschaftsfahrten: Die Mindestteilnehmerzahl wird von 15 auf 12 herabgesetzt und die Fahrpreisermäßigung gleichzeitig wie folgt erhöht: 33⅓ % bei einer Teilnehmerzahl bis zu 50 Erwachsenen (bisher 25 %), 40 % bei Bezahlung für mindestens 51 Erwachsene (bisher 33⅓ %).

4. Bei vorstehenden Tarifermäßigungen zu 1. bis 3. werden außerdem noch folgende Vergütungen gewährt: Bei Bezahlung für 20 bis 39 Erwachsene wird ein Teilnehmer, bei Bezahlung für 40 bis 99 Erwachsene ein zweiter Teilnehmer ~~und bei Bezahlung für 40 bis 99 Erwachsene ein zweiter Teilnehmer~~ und bei Bezahlung für je weitere 50 Erwachsene, auch wenn diese Zahl nicht voll erreicht ist, noch ein weiterer Teilnehmer unentgeltlich befördert.

5. Gesellschaftssonderzüge: Die Ermäßigung wird von 40 auf 50 % erhöht. Die Fahrpreise werden künftig auf 5 Rpf. (bisher 10 Rpf.) abgerundet. Die Mindestteilnehmerzahlen bleiben mit 1. Klasse 133 Personen, 2. Klasse 200 und 3. Klasse 300 Personen bestehen. Der Mindestbetrag wird von 200 auf 150 RM. herabgesetzt. Die Ermäßigung erhöht sich auf 60 %, wenn a) ein Sonderzug für Hin- und Rückfahrt bestellt und die Hin- und Rückfahrt innerhalb eines Kalendertages ausgeführt wird, oder b) für einen Zug die doppelte Mindestzahl von Fahrkarten gelöst und die doppelte Mindesteinnahme erreicht wird. Die Ermäßigung von 60 % wird auch gewährt, wenn ein Besteller für einen Tag oder mehrere unmittelbar aufeinanderfolgende Tage gleichzeitig mindestens 5 Gesellschaftssonderzüge bestellt und wenn für alle Züge im Durchschnitt die doppelte Mindestzahl von Fahrkarten gelöst und die doppelte Mindesteinnahme erreicht wird. Bei Gestellung bestellter D-Zugwagen wird nur noch der ermäßigte Schnellzugzuschlag (50 bezw. 60 %) berechnet. Für die Anfahrt bis zu dem Bahnhof, von dem ab der Sonderzug benutzt wird, werden die Ermäßigungen von 50 und 60 % auch für die in fahrplanmäßigen Anschlußzügen zurückgelegte Strecke gewährt. Diese Strecke darf indes nicht länger als die im Sonderzug zurückgelegte Strecke sein und höchstens 100 Tarifkilometer betragen. Die gleiche Vergünstigung gilt auch für die Rückfahrt. Schnell- und Eilzugzuschläge müssen für die Anschlußstrecken voll bezahlt werden. Freikarten werden wie bisher ausgegeben: Auf je 100 bezahlte Karten für Erwachsene, auch wenn die Zahl nicht voll erreicht wird, werden 2 Teilnehmer unentgeltlich befördert. Bei Beteiligung von mehr als 500 Erwachsenen erhöht sich diese Zahl auf 3 für je 100 weitere Personen, auch wenn diese Zahl nicht voll erreicht wird.

6. Abfertigung von Fahrrädern, Schneeschuhen, Rodelschlitten und Faltbooten auf Fahrradkarte. Die auf 250 Klm. Entfernung beschränkte vereinfachte Abfertigung wird bis 900 Klm. erweitert. Die Fahrradkarten kosten auf Entfernungen von 251 bis 450 Klm.: 1,70 RM. und auf Entfernungen von 451 bis 900 Klm.: 2,40 RM.

7. Bei einer größeren Anzahl von Orten werden die bestehenden Gebühren für die Ueberführung von Gepäck- und Expreßgut nicht mehr berechnet werden.

Die Reichsbahn erwirbt sich mit diesen Maßnahmen gewiß die Anerkennung ihrer Freunde, und eine kleine Ankurbelung des Verkehrs wird die erfreuliche Folge sein. Vielleicht kommt aber neben den vielen Sondervergünstigungen auch einmal die allgemeine Senkung der Fahrpreise. Es muß immer wieder daran erinnert werden.

*

Neben Urlaubs- auch Pfingstkarten.

Die um 33⅓ Prozent ermäßigten Festtagsrückfahrkarten gibt die Reichsbahn auch zum Pfingstfest aus, obwohl durch die Schaffung von Sommerurlaubskarten bereits eine Verbilligung des Urlaubsverkehrs eingetreten ist. Die Festtagsrückfahrkarten gelten zur Hin- und Rückfahrt an allen Tagen vom 1.—7. Juni. Die Rückreise muß am 7. Juni, 24 Uhr, beendet sein. Die Karten werden in allen Verbindungen ausgegeben, für die Fahrkarten des gewöhnlichen Verkehrs ausgegeben werden können. Bei Verbindungen, für die keine fertig gedruckten Sonntagsrückfahrkarten aufliegen, ist es erforderlich, die Karten spätestens zwei Tage vor Antritt der Reise zu lösen oder zu bestellen. Die Benutzung von Schnell- und Eilzügen ist gegen Zahlung der tarifmäßigen Zuschläge ohne Einschränkung zugelassen. Auch Arbeiterrückfahrkarten können in der Zeit vom 1.—7. Juni an allen Tagen zur Hin- und Rückfahrt benutzt werden. Die Entfernungsgrenze für Arbeiterrückfahrkarten ist allgemein aufgehoben. Die Festtagsrückfahrkarten für Pfingsten können bereits vom 22. Mai ab gekauft werden. Platzkarten für die in der Zeit vom 1.—7. Juni verkehrenden Schnellzüge können bis zu 15 Tagen vor dem Reisetag ausgegeben werden. Darüber hinaus sind zu Pfingsten alle Beschränkungen in der Benutzung von Zügen für Schul-, Gesellschafts- und Jugendpflegefahrten aufgehoben.

Spiel und Sport.

Münchener Sechstagerennen.

München, 9. Mai.

Im Verlauf der vierten Nacht des Münchener Sechstagerennens gab es große Umwälzungen. Die Spitze eroberten sich Umbenhauer — Ehmer vor Zims—Resiger. Der Stand nach 79 Stunden und Zurücklegung von 2036,245 km war folgender: 1. Umbenhauer — Ehmer 516 P., 2. Zims—Resiger 419 P., 3. Rieger—Goebel 403 P., 4. Tietz—Lehmann 369 P., 5. Kilian—Vopel 282 P.; vier Runden zurück: 6. van Buggenhout — Ahnes 116 P.; fünf Runden zurück: 7. Merlo—Bühler 120 P.; sieben Runden zurück: 8. Giebler — Maczynski 197 P., 9. Bresciani—Giliberti 100 P.

*

Rundfahrt durch Italien.

Guerra gewinnt Genua—Pisa.

In Pisa (191,6 km) trafen alle 81 Fahrer geschlossen ein und bekeiteten sich zum Endspurt vor, den wieder Guerra in 6:26:00 Stunden vor seinen Landsleuten Meini, Piemontesi, Battestini, Bovet, Cipriani, Demuysere gewann. 74 weitere Fahrer, darunter auch die deutschen Fahrer Stöpel, Buse, Ceyer und Altenburger, wurden gemeinsam auf den 8. Platz gesetzt.

Um den Davis-Pokal.

Oesterreich — Belgien 3:2.

Oesterreich hat nunmehr in der zweiten Runde gegen Italien in Wien zu spielen.

Dänemark — Irland 2:3.

Irland erwartet jetzt in der zweiten Runde die holländische Davispokalmannschaft.

Sport in Kürze . . .

Die holländische Davispokalmannschaft, die vom 19. bis 21. Mai in Berlin gegen Deutschland spielen muß, besteht aus Timmer, Koopman und Leembruggen. Dr Diemer-Kool ist geschäftlich verhindert und kann Holland im Davispokalkampf nicht vertreten.

*

Die Kämpfe zur finnischen Waldlaufmeisterschaft wurden in Nyslott ausgetragen. Ueber die kurze Strecke von 3,3 km siegte Lehtinen erst nach schärfstem Kampf gegen Iso-Hollo in 10:23,5 Min. Den Wettbewerb über 9,1 km holte sich Loivonen in 31:25 Min. vor Salminen und Matara.

*

Am 12. Mai steigt auch in München ein Tag der Meister, für den die Begegnungen vom Fliegengewicht aufwärts wie folgt lauten: Spannagel-Barmen gegen Schiegl-Regensburg; Beck-Düsseldorf gegen Zigarski-München, O. Kästner-Erfurt gegen Färber-München, Schmedes-Dortmund gegen Schleinkofer-München, Franz-Duisburg gegen Kugler-München, Bernlöhr-Stuttgart gegen Schmittinger-Würzburg, Kyfuß-Gevelsberg gegen Lang-München und Voosen-Köln gegen Schiller-München.

ngegend.

nz Winter, beide aus Breiten-Worbis, vergeben. Ausführung der Arbeiten im dritten Abschnitt er- t die hiesige Firma Heinrich Hüls. Mit den eiten soll baldigst begonnen werden. Ein Viertel tlicher vorgesehenen Wege wird sofort ausgebaut den. Hierdurch werden wieder viele Leute Arbeit Brot finden.

s **Unglücksfall.** Am Montagabend fuhr ein Motor- ahrer von hier in Richtung Burlo. In einer schar- Kurve kam er infolge der Dunkelheit zu Fall, ob- l er in einem sehr mäßigen Tempo fuhr. Der rer setzte seine Fahrt fort, ein Arzt stellte kurze später einen Schlüsselbeinbruch fest. Der junge nn fand Aufnahme im Borkener Krankenhaus.

ängern

s **Im Silberkranze.** Morgen (Donnerstag) feiern Eheleute Bernhard Essingholt und Frau Maria Lensing im Kreise ihrer Kinder und Verwandten schöne Fest der silbernen Hochzeit. Dem Jubelpaar rn Glückwunsch.

Vom Niederrhein.

Isselburg

r **Fristlos entlassen.** Am Montag fand in Empel eine Sitzung des Vorstandes der hiesigen Sparkasse statt. U. a. stand der Hausverkauf an den Oberpostschaffner a. D. Hackfort zur Sprache. Der in diese Angelegenheit verwickelte frühere Oberstadtsekretär Jansen, der als Gegenbuchführer fungierte, wurde fristlos entlassen. Ferner wurde beschlossen, daß Herr H. das Haus am 1. Juni räumen muß.

× **Wegen Unregelmäßigkeiten** im Dienst wurde eine beim hiesigen Postamt beschäftigte Posthelferin entlassen; gegen sie ist ein Strafverfahren eingeleitet worden. Es handelt sich, wie wir erfahren, um geringe Beträge, die unterschlagen worden sind.

r **Schmuggler gestellt.** In der hiesigen Feldmark stellten Zollbeamte einen Schmuggler, der 3 Pfund Tabak bei sich führte. Sowohl die Schmuggelware wie ein Fahrrad wurden beschlagnahmt.

r **Rasende Autofahrer.** Ein Auto kam aus Richtung Empel. Ohne ein Signal zu geben, fuhr es eine Radfahrerin von hinten an. Diese stürzte zu Boden und erlitt Hautabschürfungen. Das Fahrrad wurde stark beschädigt; auch gab es zerrissene Kleider. Der rücksichtslose Autofahrer fuhr davon, ohne sich um den Schaden zu kümmern.



r **Beim Bund deutscher Mädel.** Am Sonntag hatte der „Bund deutscher Mädel", Ortsgruppe Isselburg, zu einem Werbeabend in der Kaiserhalle eingeladen. Der große Saal war bis auf den letzten Platz besetzt. Die Ortsgruppenleiterin, Fräulein Liesel Wolsing, begrüßte die zahlreich Erschienenen und dankte für den starken Besuch. Es folgten die Gedichte „Hitler" und „Deutsches Mädel", von Mitgliedern des B. d. M. sehr gut vorgetragen. Die Hauptnummer des Abends war das Theaterstück „Der Frauen Dienstjahr". Hier konnte man wieder sehen, was Laienspieler leisten können. Sämtliche Rollen des Stückes wurden von Mitgliedern des B. d. M. gespielt. Man staunte über die lebenswahre Darstellung der Spielerinnen. Besonders das vorerwähnte Fräulein Dela spielte einfach hinreißend. Der minutenlange Beifall nach jedem Akt war den Mädels Beweis, daß sie alle ihre Sache gut gemacht hatten. Im zweiten Teil der Veranstaltung hielt die Ortsgruppenleiterin eine Ansprache, in der sie alle Fragen über Zweck und Ziele des Bundes deutscher Mädel klarlegte. Der B. d. M. sei der Hort der deutschen Sitte, der deutschen Ehre und des deutschen Anstandes. Er kämpft gegen alle Auswüchse in Film, Literatur, Mode und Tanz. Die Mädels wissen alle, so jung sie auch sind, daß jeder Stand seine eigene Aufgabe hat, daß niemals jemand für sich selber ist, sondern einzig und allein für das ganze Volk, daß unser Losungswort „Gemeinnutz vor Eigennutz" auch Anfang und Ende der Arbeit im B. d. M. ist. Mit einem dreifachen „Sieg-Heil" auf unsern Führer Adolf Hitler schloß Fräulein Wolsing ihre Rede. Musikstücke und Volkstänze wechselten miteinander ab. Ganz besonders gefiel den Besuchern der Rüpeltanz. Nach Schluß des Programms ließ sich eine stattliche Reihe Mädel aufnehmen. Der Abend, der ein voller Erfolg des B. d. M. war, endete mit einem Tanzkränzchen

...halern

= **Bürgermeister Ingenhorst** versieht nach wie vor seinen Dienst. Die von uns und der gesamten Kreispresse gebrachte Mitteilung von der Beurlaubung ist somit irrtümlich erfolgt. Wie wir festgestellt haben, hat Bürgermeister Ingenhorst zwar vor längerer Zeit um einen Erholungsurlaub nachgesucht, diesen aber bis heute noch nicht angetreten.

Emmerich

R **Schutzhaft.** In der vorletzten Nacht wurden auf Veranlassung des Fraktionsführers der NSDAP wegen angeblicher Aktenverschleppung der Bürgermeister Dr. Alff, der Beigeordnete Assessor Gierlichs und der Kaufmann Karl Evers in Schutzhaft genommen. Gleichzeitig wurden die Wohnungen der betreffenden Herren einer Durchsuchung unterzogen. In Verfolg dieser Aktion und der von dem Untersuchungsausschuß getätigten Zeugenvernehmungen ergab sich die Haltlosigkeit der vorgebrachten Beschuldigungen. Alle drei Herren wurden nach Klarstellung des Sachverhalts wieder auf freien Fuß gesetzt.

Reichsbundestagung des Bundes Königin Luise.

= Die große, alle zwei Jahre stattfindende Reichs- destagung, die anläßlich des 10 jährigen Bestehens Bundes Königin Luise in Potsdam und Berlin 13. und 14. Mai stattfindet, wird sich zu einer altigen nationalen Frauenkundgebung gestalten. jetzt haben sich schon gegen 30 000 Kameradinnen der Bundesleitung aus allen Landesverbänden Reiches angemeldet, die in Potsdam und Berlin rgebracht werden. — Aus der Geschichte des Bundes u berichten. Aus der Sorge der volksbewußten schen Frau um den jungen Nachwuchs, um die mende Generation wurde die Bewegung von Frau Sonnewald (Halle) gegründet. Die erste Bundeserin, Frau Maria Netz, baute in vorbildlicher se die Organisation und die Richtlinien des Bun- auf. Kampf gegen den Versailler Schandvertrag, pf gegen die Kriegsschuldlüge — für die Wehrit Deutschlands, für Pflege deutscher Art und schen Wesens — für völkische Belange unter Austung rassefremder Elemente, setzte sich der Bund 10 Jahren ein. 130 000 deutsche Frauen und dchen schlossen sich dem stetig wachsenden Bund an. er dem ritterlichen Beistand des Stahlhelms hatte Bund keine Gönner. Marxistische Weltanschauung Regierung bekämpften ihn erbittert. Unvergessen im Landesverband Westfalen die Wochen des Jahres 1928, als der Bund längere Zeit verboten wurde, die Wohnung der Landesführerin, Frau Kaltheuner (Dortmund), polizeilich besetzt, die Akten des Landesverbandes beschlagnahmt mit dem schriftlichen Befehl, „wenn nötig, mit allen Gewaltmaßnahmen gegen Frau Kaltheuner vorzugehen".

Im Frühjahr 1932 erfolgte die Uebernahme der Bundesführung durch Freifrau Ch. v. Hadeln. Unter dem Wahlspruch: „Ich dien" setzte sich der Bund ohne Bindung an eine Partei auf christlicher Grundlage beider Konfessionen, für alle nationalen Belange, Ueberbrückung der Klassengegensätze ein. Er umfaßt heute eine lebendige vaterländische Jugendbewegung. Er besitzt ein großes Erholungsheim in Wernigerode, eine Jugendherberge auf Burg Wettin, die Eigentum des Bundes ist, viele Eigenheime in den Landesverbänden. 1500 ausgebildete Bundeshelferinnen stehen ihm in seinem Sanitätskorps zur Verfügung, 35 geschlossene Lager im freiwilligen Frauenarbeitsdienst werden unterhalten.

Die große Kundgebung im Sportpalast und Parallelversammlungen in Berlin wird am Nachmittag zuvor durch das vaterländische Festspiel von Gosa im Stadion in Potsdam „Auf bricht Deutschland", in dem über 1000 Kameradinnen und nationale Jugendverbände mitwirken, eingeleitet.

Streitfälle vor dem Arbeitsrichter.

g. **Bocholt**, 10. Mai.

Anspruch an die Konkursmasse.

Ein Fabrikdirektor klagte gegen eine in Konkurs beiche Firma auf Nachzahlung von monatlich 400 ℳ st seit dem 1. September 1925. Der Kläger, der r eines Textilwerkes in Bentheim war, hat seinerzeit die Leitung der später in Konkurs gegangenen Fabrik amsdorf übernommen. Er behauptete, von dieser Zeit ei sein Gehalt von 600 ℳ auf 1000 ℳ erhöht worden. Grund dieser Zusage hat der Kläger im Laufe der e etwa 10 000 ℳ an Gehaltsvorschüssen genommen, seitens der Firma nie beanstandet worden sei. Da der Konkursverwalter die erwähnte Gehaltserhöhung auf 1000 ℳ und damit auch die Forderung des Klägers auf Nachzahlung rückständigen Gehalts bestritt, sollten Zeugen vernommen werden, ob dem Kläger monatlich 1000 ℳ zustanden oder nicht.

Die Klage stand schon mehreremale zur Verhandlung. Die Zeugen, die sich schon einmal schriftlich zu dieser Angelegenheit geäußert hatten, hatte man gestern zur mündlichen Vernehmung geladen. Ein Kaufmann aus Köln, der früher bei der Firma als Direktor tätig war, bekundete, daß der Kläger ihn wiederholt gefragt habe, wie es mit der Auszahlung seines Gehalts stehe. Auch habe die Frau des Klägers ihm geschrieben, das ihrem Mann zustehende Gehalt doch auszuzahlen, da sie viel mit Krankheiten zu tun habe und das Geld gut gebrauchen könne. Ein zweiter Zeuge erklärte, daß er vor 1 bis 1½ Jahren den Inhaber des Werkes getroffen und diesen gefragt habe, ob er dem Kläger ein Gehalt von 1000 ℳ zugesichert habe; dieser habe erklärt, das treffe nicht zu. Ein dritter Zeuge sagte aus, man habe gelegentlich einer Revision den Kläger gefragt, unter welchen Bedingungen er angestellt sei, worauf er seine Gehaltsansprüche geltend gemacht habe. Ein weiterer Zeuge hatte sich entschuldigt. Es soll noch beraten werden, ob der letzte Zeuge vernommen werden soll oder nicht. Ein Termin zur Verkündigung des Urteils wurde noch angesetzt.

Ein Fuhrunternehmer

legte gegen ein Versäumnisurteil Einspruch ein, da er verhindert gewesen war. Das Fürsorgeamt klagte gegen den Fuhrunternehmer zur Einhaltung des über den pfändungsfreien Betrag hinausgehenden Lohnes seines Bruders. Der Beklagte gab aber an, sein Bruder sei nicht bei ihm beschäftigt, wohl arbeite er von Zeit zu Zeit ein paar Tage in der Woche mit, wofür er einige Mark Taschengeld erhalte. Somit gehe ihn die Sache nichts an. Das Gericht kam zu der Ueberzeugung, daß der Bruder fest in Arbeit stand, und verurteilte den Beklagten zur Zahlung von 105 ℳ und monatlich 15 ℳ. Die Kosten des Rechtsstreites hat der Beklagte zu tragen.

Ausgabe von Reichsverbilligungsscheinen für Speisefette

im Kreise Borken.

= **Borken**, 10. Mai.

Die Reichsregierung hat, um die durch die Neuregelung der Fettwirtschaft unvermeidliche Mehrbelastung der Verbraucher für die infolge Arbeitslosigkeit oder aus anderen Gründen hilfsbedürftigen Volksgenossen auszugleichen, Verbilligungsmaßnahmen getroffen. Zu diesem Zweck werden Reichsverbilligungsscheine für Speisefette ausgegeben.

1. [illegible]
2. [illegible]
3. [illegible]
4. [illegible]
5. [illegible]

Pfund Butter und Käse und 1 Pfund der übrigen Fette darf eine Verbilligung nicht gewährt werden.

Der Reichsverbilligungsschein ist nicht übertragbar. — Die Reichsverbilligungsscheine werden für die unter 1 und 2 bezeichneten Personen vom Arbeitsamt ausgegeben. Die Ausgabe für die unter 3 und 5 aufgeführten Personen erfolgt durch die Bürgermeisterämter. Der Tag der Ausgabe wird von diesen Stellen noch bekanntgegeben werden.

Märkte.

Zuchtviehmarkt Dinslaken.

Auftrieb 384 Stück Rindvieh. Preise: A Kühe: 1. Sorte 325 bis 370 RM, einzelne höher, 2. Sorte 250 bis 300 RM, 3. Sorte 175 bis 225 RM, 4. Sorte 125 bis 175 B. Tragende Rinder: 1. Sorte 225 bis 250 RM, ne höher, 2. Sorte 175 bis 225 RM, 3. Sorte 125 bis M. Stiere: 60 bis 175 RM. Geschäft in guten Tiemittel, sonst langsam, geringe Qualitäten vernach- Nächster Zuchtviehmarkt 23. 5. 33.

Schweinemarkt Dinslaken.

uftrieb 53 Läufer und 280 Ferkel. Es kosteten bis hen alte 13 bis 17 RM, 6 bis 8 Wochen alte 17 bis M, 8 bis 13 Wochen alte 20 bis 30 RM, 3 bis 4 Molte 30 bis 45 RM. Nächster Schweinemarkt 22. 5. 33.

Erzeugerversteigerung Straelen.

Winterspinat je 100 Pfd. 3 bis 5, Rhabarber 4, Spar- 40 bis 46, Spargel 2. 33 bis 44, Radieschen je 100 2,50 bis 5, Rübstiel 3,50 bis 5,50, Porree 1. je 100 1,50 bis 3,50, Porree 2. 0,50 bis 1, Kohlrabi weiß s 15, Kopfsalat 1. 6 bis 10, Kopfsalat 2. 3 bis 5, hausgurken 1. 24 bis 35, Treibhausgurken 2. 15 bis ühnereier Klasse S je 100 Stück 8,50, Klasse A 8 bis Klasse B 7,40 bis 7,50, Klasse C 6,60 bis 6,80, Klasse Enteneier 5,30 bis 6,80, Gänseeier 11,50 bis 16, käse je 100 Pfund 9 bis 10, Anfuhr: gut. Nachfrage: Nachfrage in Eier gut. Nächste Versteigerung: 9. Mai.

Amt Rhede.

Rhede

s **Vergebung von Umlegungsarbeiten.** Im Hotel Cassée fand am Montag eine Sitzung des Ausschusses in der Umlegungssache statt. Regierungsrat Dr. Schweers vom Kulturamt in Coesfeld leitete die Versammlung. Zweck der Sitzung war, die Anlegung und Ausführung von Wegearbeiten zu vergeben. Insgesamt waren 5 Angebote eingegangen. Die Arbeiten wurden in drei Abschnitten vergeben. Leider konnten sie nicht ausschließlich an Rheder Firmen vergeben werden, da die Preisunterschiede der Offerten zu hoch waren. Die Arbeiten des ersten und zweiten Abschnitts wurden an die Firmen Alfred Walter und

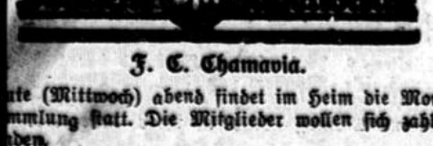
Als Leiter habe er nicht die Absicht, die hiesigen Gewerbetreibenden dem Kampfbund Bocholt anzugliedern, sondern diese sollten eine selbständige Ortsgruppe bilden. Zweck des Bundes sei, die Löhne und Preise einheitlich festzulegen und die Schwarzarbeit zu unterdrücken. Die Möglichkeit einer Preisunterbietung sei das Verderben der Gewerbetreibenden. In den Fachschaften habe man Preise ausgerechnet, die eine gerechte Verteilung der Löhne und Preise vorsehen. Früher habe man die billigsten Angebote berücksichtigt; diese würden heute ohne weiteres ausgeschaltet. Ebenso müßten sich die neu anfangenden Handwerker den Bedingungen der Fachschaften fügen. Herr Meiermann erörterte dann einige Vorfälle, die die Preisunterbietung betreffen. Angesichts der örtlichen Verhältnisse sei es angebracht, auch einen örtlichen Kampfbund zu bilden. Eine Eingabe an den Kreisleiter habe diesen Vorschlag befürwortet. Die Ortsgruppe soll einem Kampfbundleiter unterstellt werden. Dieser müsse sich voll und ganz für die Interessen der Mitglieder einsetzen.

Die Anwesenden waren einstimmig für die Gründung eines Kampfbundes.

Innerhalb dieses Kampfbundes sollen die verwandten Berufe zu Fachschaften zusammengeschlossen werden. Von den Mitgliedern sind 1,25 ℳ Eintrittsgeld und 1,25 ℳ Monatsbeitrag zu zahlen. Für Mitglieder der NSDAP. beträgt der Monatsbeitrag 0,75 ℳ; das Eintrittsgeld ist ihnen erlassen. Sodann wurde die Wahl des Ortsgruppenkampfbundleiters vorgenommen, aus der Herr Bernh. Freesmann mit Stimmenmehrheit hervorging. Er dankte den Anwesenden für das ihm entgegengebrachte Vertrauen und bat, Amtswalter zu wählen, die gewillt sind, am Wiederaufbau Deutschlands mitzuarbeiten. Nachdem aus der Versammlung heraus Obmänner mit der Bildung der einzelnen Fachschaften betraut worden waren, wurde die Versammlung von Herrn Freesmann geschlossen.

*

a **Sitzung der Gemeindevertretung.** Heute (Mittwoch) nachmittag 3 Uhr findet im Sitzungssaal des Amtshauses eine Sitzung der Gemeindevertretung statt. Tagesordnung: Festsetzung des Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1933.



J. C. Chamavia.

...te (Mittwoch) abend findet im Heim die Monats...mmlung statt. Die Mitglieder wollen sich zahlreich ...den.